

# **Energiepolitisches Papier der Jungen Union Deutschlands**

Beschluss des Deutschlandtages der Jungen Union  
vom 21. vom 23. Oktober 2005 in Augsburg

Als rohstoffarme Industrienation ist Deutschland auf den Import von Energie angewiesen und damit von der Lage der Energiemärkte abhängig. Verfügbarkeits- und Reichweiteszenarien der globalen Energiereserven sind umstritten und Prognosen zur mittel- bis langfristigen Preisentwicklung unterwerfen sich allzu gerne kurzfristigen Trends. Als größter Energiemarkt in der EU bedarf es in Deutschland einer überlegten und vorausschauenden Ausrichtung der Energiepolitik, die sich den zukünftigen Eventualitäten des Weltmarktes und der damit verbundenen Fragen stellt. Ähnlich wie der Wirtschaftsfaktor Bildung unterliegt der Wirtschaftsfaktor Energie der Notwendigkeit einer langfristigen, verlässlichen Planung und Anschubförderung durch den Staat. Planverfahren und Investitionen bringen teilweise erst mit sehr großer Verzögerung sichtbare Ergebnisse. Räumlich begrenztes oder kurzfristiges Denken und Handeln, politische Ideologie sowie Vernachlässigung des Themas schaden daher der deutschen Wirtschaft und dem Privatverbraucher nachhaltig.

### **Zuständigkeit**

Die Junge Union Deutschlands fordert die Konzentration der Zuständigkeit für die Energiepolitik auf ein einzelnes Bundesministerium, in dem politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsequenzen des Energiemarktes zentral behandelt und gesteuert werden können. Die heutige Aufteilung der Zuständigkeiten auf die drei Ressorts Wirtschaft, Umweltschutz und Forschung ist international unüblich und verhindert eine integrative und umfassende Behandlung dieses Themenfeldes. Energiepolitik muss in weiten Teilen Bundespolitik sein, da nur so flächendeckend eine effiziente und nachhaltige Versorgung sichergestellt werden kann. Föderalistische Ansprüche und individuelle Gegebenheiten einzelner Bundesländer (z.B. Windkraft und Gezeitenkraftwerke im Norden, Wasser- und Solarenergie im Süden) müssen dabei im Kontext der flächendeckenden Versorgung berücksichtigt werden. Übergreifend muss auf eine möglichst aktiv geführte Beteiligung der deutschen Energiepolitik innerhalb der Europäischen Union Wert gelegt werden.

### **Infrastrukturmaßnahmen**

Eine im Rahmen der allgemeinen Versorgungssicherheit besonders zu beachtende, aber in der täglichen Diskussion oft vernachlässigte Aufgabe ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Übertragungsnetzinfrastruktur. Jüngere Beispiele aus den USA und Europa zeigen uns die Anfälligkeit komplexer Stromnetze und die eklatante Abhängigkeit der Industrienationen davon. Deutschland ist hier international hinsichtlich der Investitionen und damit bei der Vermeidung von Ausfallzeiten und Netzverlusten führend. Änderungen in der Energieerzeugung und -nutzung (wie z.B. die dezentrale Stromeinspeisung durch Windkraftanlagen in die dafür nur begrenzt geeigneten Verteilnetze oder die Installation

neuer Kraftwerke) sollen daher ständig auf ihre Auswirkungen auf die vorhandene Infrastruktur geprüft werden.

Auch der deutsche Kraftwerkspark bedarf einer fortlaufenden Erneuerung durch Ausbau- und Ersatzinvestitionen (hier vor allem hinsichtlich der Erhöhung der Energieeffizienz). Erträge aus kalkulatorisch abbeschriebenen Kraftwerken müssen durch die Energiewirtschaft daher sowohl in ein möglichst niedriges Energiepreisniveau als auch in langfristige Investitionen für neue Kraftwerke umgesetzt werden.

### **Energiesparmaßnahmen und Umweltschutz**

Die Junge Union Deutschlands spricht sich ausdrücklich für die staatliche Unterstützung und Forcierung von Energiesparmaßnahmen aus. Besonders im privaten Sektor (z.B. bei der Sanierung von Wohnraum oder der Nutzung elektrischer Geräte im Haushalt) bestehen große Einsparpotenziale, die es zu fördern, aber auch - durch möglichst unbürokratische Vorgaben - zu fordern gilt.

Die Steigerung der Effizienz in der Energieproduktion (z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung) ist im wirtschaftlich verträglichen Rahmen ebenfalls weiter einzufordern. Das Instrumentarium der Emissionszertifikate zur Verringerung der globalen CO<sub>2</sub>-Belastung ist von staatlicher Seite kritisch zu begleiten, damit deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden.

### **Regulierung**

Staatliche Interventionen dürfen nur dort stattfinden, wo sich der Energiemarkt durch privatwirtschaftliches Engagement nicht selbstständig entwickeln oder regulieren kann. Die Übertragung dieser Aufgabe an die Bundesnetzagentur, deren Arbeit und die weit gehende Deregulierung der Energiemärkte werden von der Jungen Union befürwortet. Ein freier Wettbewerb unter gleichzeitiger staatlicher Prüfung und Entwicklung der Markt- und Infrastrukturentwicklung garantiert langfristig optimale Wirtschaftlichkeit und höchstmögliche Sicherheit.

### **Energiemix**

Wer zukunftsfähige Energiepolitik verantwortet, muss bereit sein, sich allen Aspekten der heute und zukünftig verfügbaren Energieformen konstruktiv und vorbehaltlos zu stellen. Die Junge Union fordert daher einen ideologie- und - soweit möglich - interventionsfreien Energiemix, in dem alle Energiearten entsprechend ihrer Vor- und Nachteile einen berechtigten Anteil erhalten. Dazu gehört die Weiternutzung sicherheitstechnisch wie

wirtschaftlich auf aktuellem Stand stehender Kernkraftanlagen ebenso, wie die Erforschung und der Ausbau sinnvoll nutzbarer regenerativer Energie. Eine weit überproportionale staatliche Förderung einzelner Energiearten aus rein politischen Motiven heraus lehnen wir ab.

## **Regenerative Energien**

Die Junge Union Deutschlands spricht sich für die effiziente Förderung und Nutzung regenerativer und damit langfristig zur Verfügung stehender Energien, wie Biomasse, Solarenergie oder Windkraft aus. Der heutige Anteil von etwa 10 Prozent an der Stromerzeugung Deutschlands muss weiter ausgebaut werden. Hinsichtlich der staatlichen Förderung müssen sich diese Energieformen aber einer Überprüfung ihrer langfristigen Potenziale hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit unterwerfen lassen. Subventionen (insbesondere garantierte Einspeisungsentgelte) für Energieformen, die mittel- bis langfristig quantitativ oder qualitativ ein nur geringes Potenzial besitzen, müssen abgebaut werden.

## **Erdgas**

Aufgrund der relativen Sauberkeit von Gaskraftwerken gegenüber den anderen fossilen Brennstoffen, deren Nutzungspotenzial durch Gas-Dampf-Kopplung sowie deren technischer Fähigkeit zum temporären Ausgleich von Verbrauchsspitzen, wird die Nutzung dieses Energieträgers von derzeit 10 Prozent der Stromerzeugung ausgebaut werden. Hierbei muss beachtet werden, dass die Liefersicherheit unabhängig von heutigen internationalen Beziehungen möglichst breit abgesichert wird und damit langfristig gewahrt bleibt. Bei der Deregulierung ist auf Grund der derzeit (netz-) technisch begrenzten Durchleitungsmöglichkeiten an einer weiteren Öffnung für den freien Wettbewerb zu arbeiten.

## **Stein- und Braunkohle**

Stein- und Braunkohle machen heute etwa 50 Prozent der deutschen Stromerzeugung aus und stellen mit einem Eigenförderungssaldo von ca. 40 Prozent bei Stein- sowie 100 Prozent bei Braunkohle die einzig nennenswerten eigenen fossilen Energieträger dar. In Verbindung mit dieser Tatsache müssen aber Aspekte wie Umweltverträglichkeit, insbesondere hinsichtlich der Langzeitschäden beim Braunkohletagebau sowie Subventionsbedarf speziell bei der Steinkohleförderung betrachtet werden. Mit der Zielsetzung von Kostentransparenz und einer allgemeinen Verringerung der Nutzung von fossilen Energieträgern fordert die Junge Union

eine offene Diskussion über die Notwendigkeit der Steinkohleförderung. Im Rahmen einer objektiven Prüfung muss unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen internationalen Marktpreisentwicklung von Steinkohle entschieden werden, ob die heutige Offenhaltung sowie eine spätere Nutzung der Option zur heimischen Steinkohleförderung wirklich wirtschaftlich sinnvoll und politisch gewollt ist. Nachgelagerte Effekte der heutigen Subventionen, wie z.B. eine Sicherung von Arbeitsplätzen, können dabei berücksichtigt werden, dürfen aber die eigentliche Zielsetzung dieser Prüfung nicht behindern.

## **Kernenergie**

Der deutsche Sonderweg des Ausstiegs aus der Kernenergie bringt auf Grund der weltweiten Verbreitung von Kernkraftwerken weniger Sicherheit. Er koppelt vielmehr führende deutsche Sicherheits- und Umwelttechnologie von der Fortführung und dem Neubau von Kraftwerken im Ausland - insbesondere mit Blick auf Schwellenländern und dem früheren Ostblock - ab. Als quasi CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung trägt Kernenergie mit einem Drittel an der Stromerzeugung im Gegensatz zu fossilen Energieträgern nicht zu einer möglichen Klimaveränderung bei, womit dieser Energieform - auch auf Grund der Aufgabe der Grundlastversorgung - einen festen Platz im Energiemix einer modernen Industrienation zugesichert werden muss. Ein Ausstieg aus der Kernenergie ohne handfeste Alternative führt zwangsläufig zu steigenden Energiepreisen sowie geringerer Versorgungssicherheit und gefährdet damit nachhaltig die Entwicklung Deutschlands.

Untrennbar mit der Nutzung der Kernenergie verbunden ist die Frage der Endlagerung von nuklearen Abfällen (wobei neben ausgebrannten Brennelementen auch Material aus Medizin und Forschung betroffen sind). Mit dem Gorleben Salzstock steht Deutschland eine realistische Option zur sicheren Endlagerung offen. Die Verhinderung der Erkundung dieses Salzstockes durch das bestehende Moratorium ist umgehend zu beenden und die ergebnisoffene Erkundung wieder aufzunehmen. Um die hohen Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke weltweit zur Geltung zu bringen, muss zudem die kerntechnische Forschung und der Export deutscher Kernkraftwerkstechnik intensiviert werden.

## **Forschung**

Deutschland war mit seinem Know-How in der Kraftwerkstechnik jahrzehntelang weltweit führend. Daran muss durch gezielte Forschung in öffentlicher Wissenschaft und Wirtschaft wieder angeknüpft werden. Ebenso wie die Energieerzeugung darf sich die Ausrichtung der Forschung nicht nach ideologischen Gesichtspunkten, sondern ausschließlich nach den langfristigen nationalen und internationalen Anforderungen der Energiemärkte richten. Der Anteil von fast der Hälfte der Forschungsausgaben für erneuerbare Energien und

Energieeinsparung muss zu Gunsten anderer Zukunftstechnologien auf den Prüfstand gestellt werden. Darunter fallen Kernfusion, CO<sub>2</sub>-Abtrennung und -Speicherung sowie Wirkungsgraderhöhung der heutigen Kraftwerkstypen (fossil und nuklear). Weiterhin sind die Beteiligung an der bereits laufenden Errichtung von ERP-Reaktoren sowie der Initiative zur Konzeption neuartiger Reaktortechnologien der 4. Generation (GIF) zu forcieren. Aufgrund der besonderen Bedeutung soll hier zusätzlich noch die Wasserstofftechnologie als Energiespeicher (insbesondere unter dem Aspekt des Einsatzes im Verkehrswesen) genannt werden. Der Umfang der Energieforschung von ca. 5 Prozent der Gesamtforschungsförderung des Bundes ist zu erhöhen und zusätzliche Anreize für Investitionen in private Forschungsprojekte zu schaffen.